



**NIEDERSCHRIFT**

**24. Sitzung  
Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich**

Sitzungsdatum:  
**Dienstag, 20. Januar 2004**

Sitzungsort:  
**Schulungsraum Feuerwache,  
41352 Korschenbroich**

Beginn:  
**16:00 Uhr**

**Tagesordnung:**

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

**II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 11.01.2004 betreffend  
- Finanzierung/Durchführung der Grundwasser-Sofortmaßnahmen  
- Steuerhebesätze Vorlage VI/1628
4. Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen Vorlage VI/1411
5. 3. Fortschreibung des vom Rat am 30.01.2001 beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes Vorlage VI/1621
6. Vorlage des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2003 - 2007 mit Finanzplan Vorlage VI/1434
7. 2. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes Vorlage VI/1624

8. Stellenplan 2004

Vorlage VI/1500

9. Mitteilungen

10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**III. Nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

**IV. Nichtöffentlicher Teil**

1. Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Korschenbroich in Gold

Vorlage VI/1615

2. Ausführung des Stellenplanes 2004

Vorlage VI/1626

3. Mitteilungen

4. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**Anwesenheitsliste****24. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich  
20. Januar 2004, 16:00 Uhr**

---

Anwesend:**Ausschussvorsitzender**

Bürgermeister Dick, Heinz Josef

**CDU-Ratsfraktion**

Bednarzyk, Peter

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Heveling, Ansgar

Holzenleuchter, Peter

Kauerz, Wolfgang

Metzges, Josef

Reiners, Burkhard

Roden, Erwin

Roß, Henry

(ab TOP II/3, 16.20 Uhr)

(als Vertreter für Opszalski, Raymond)

(als Vertreter für Lieser, Wolfgang)

**SPD-Ratsfraktion**

Jahny, Paul

Neumann, Max

Richter, Albert

Romann, Barbara

**UWG-Ratsfraktion**

Beschorner, Norbert

**Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Houben, Wolfgang

Lufen, Sabine

(ab TOP II/3, 16.30 Uhr)

**Beratendes Mitglied der FDP-Ratsfraktion**

Brieger, Hans-Jürgen

**Nicht anwesend:**

Heimanns, Hans Bert

**Von der Verwaltung anwesend:**

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Stadtoberverwaltungsrat Leuchtges, Hans-Josef

Gleichstellungsbeauftragte Messmann, Michaele

Stadtamtmann Frensch, Alexander

Stadtamtsrat Schröder, Achim

(Schriftführer)

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 24. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

## **II. Öffentlicher Teil**

### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtratsrat Achim Schröder benannt.

### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Das Ausschussmitglied Max Neumann wird einstimmig zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bei einer Stimmenthaltung benannt.

### **3. Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 11.01.2004 betreffend**

- Finanzierung/Durchführung der Grundwasser-Sofortmaßnahmen
- Steuerhebesätze

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Brieger von der FDP-Ratsfraktion erläutert ausführlich den Antrag der FDP-Ratsfraktion zum Haushalt 2004 bezüglich der Finanzierung und Durchführung der Grundwassersofortmaßnahmen sowie der Steuerhebesätze.

Er stellt hierzu heraus, dass zur Finanzierung der Grundwassersofortmaßnahmen in 2004 kein tragfähiges Finanzierungskonzept der Verwaltung vorliegt. Die Durchführung der Grundwassersofortmaßnahmen muss ohne Beteiligung der Bürger erfolgen. Grundwassersofortmaßnahmen sind nach seinem Verständnis eine Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge. Von daher müssen Grundwassersofortmaßnahmen in 2004 ohne Kostenerstattung der Grundwasserbetroffenen aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren sein. Hierfür müssen Darlehen aufgenommen und Baumaßnahmen zur Grundwasserabsenkung durchgeführt werden. Zusätzlich müssen die Steuerhebesätze auf den Stand vor der Erhöhung 2003 gesenkt werden. Die Finanzierung der Grundwassersofortmaßnahmen sollte durch Einsparungen im Verwaltungshaushalt sowie im Vermögenshaushalt möglich sein. Hierzu führt er verschiedene Deckungsmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt an, u.a. Kürzung der Budgets Energie, Reinigung, bauliche Unterhaltung, besondere bauliche Unterhaltung sowie Kürzung des Budgets der allgemeinen Verwaltung. Weitere Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen um 10 %, Zurückstellung der Straßeninstandsetzung um 50 %, Einsparung einer Stelle im Gebäudemanagement sowie die Aufgabe der Verwaltungsstellen Glehn und Kleinenbroich.

Einsparmöglichkeiten werden im Vermögenshaushalt gesehen durch Zurückstellung der Brückensanierungen um 60 %, der Straßeninstandsetzungen um 50 %, und durch zusätzliche Grundstückserlöse.

Ausschussmitglied Ansgar Heveling von der CDU-Ratsfraktion antwortet, dass in der Sache vom Rat der Stadt Korschenbroich bezüglich der Grundwassersofortmaßnahmen entschieden sei. Die Vorschläge der FDP-Ratsfraktion stellen Luftbuchungen im Haushalt dar, die so nicht realisiert werden können. Der Vermögens- und Verwaltungshaushalt sieht im Haushaltsplanentwurf 2004 nur die notwendigen Dinge vor, weitergehende Reduzierungen könnten im Ergebnis nur dazu führen, dass städtische Gebäude zu verrotten drohen.

Ausschussmitglied Albert Richter von der SPD-Ratsfraktion führt zum Antrag der FDP-Ratsfraktion aus, dass die geforderten Steuersenkungen abgelehnt werden. Darüber hinaus würde auch die Durchführung von Grundwassermaßnahmen ohne Beteiligungen der Betroffenen von der SPD-Ratsfraktion abgelehnt, da auch hier ein rechtsgültiger Ratsbeschluss besteht. Wichtig sei, dass in punkto Grundwasser andere Lösungen erarbeitet werden. Den betroffenen Bürgern kann auch mit anderen Mitteln geholfen werden, als mit einer Kostenbeteiligung von 80 / 20 % . Zu den Vorschlägen der FDP-Ratsfraktion bezüglich Kürzungsmöglichkeiten im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt führt er aus, dass wir uns in einem Budgethaushalt befinden, weshalb in einem Bereich nicht isoliert Kürzungen durchgeführt werden können. Kürzungen führen nicht zu einer Reduzierung des Budgetvolumens. Es sei denn, man macht konkrete Zielvorgaben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist zum Antrag der FDP-Ratsfraktion darauf hin, dass die Steueranhebung in 2003 nur vor dem Hintergrund der angehobenen fiktiven Hebesätze des Landes zu sehen war.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt zum Antrag der FDP-Ratsfraktion, dass eine Bürgerbeteiligung der Betroffenen notwendig sei. Die Kostenbeteiligung von 80 / 20 % sei jedoch nicht bürgergerecht, da die einzelnen Betroffenen kein Mitspracherecht bezüglich der Durchführung der einzelnen Maßnahmen haben. Es sei aber schon phantastisch, wenn man nach dem Gedanken der FDP solche Grundwassermaßnahmen dadurch finanzieren kann, dass man die Hebesätze senkt, die Ausgaben heraufsetzt und dann noch sparen kann.

Ausschussmitglied Norbert Beschorner führt für die UWG-Ratsfraktion aus, dass es grundsätzlich gutzuheißen sei, dass sich eine Fraktion so intensiv mit der Sache beschäftigt. Es besteht jedoch ein rechtsgültiger Beschluss des Rates über eine 80 / 20 % Beteiligung der Bürger. Eine andere Regelung würde nur zur Erhöhung des Haushaltsdefizites führen. Oberste Priorität muss die Konsolidierung des städtischen Haushaltes sein. Die Ausführungen der FDP-Ratsfraktion bezüglich der Einsparmöglichkeiten im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt müssten somit vorrangig zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Für den Bereich der Energie ist er der Auffassung, dass hier das Einsparpotential ausgereizt sei. Brückensanierungen in zukünftige Haushaltsjahre zu schieben, ist sehr gefährlich und sollten nicht beschlossen werden. Die Steuererhöhungen im Haushaltsjahr 2003 waren notwendig, da das Land die fiktiven Hebesätze für die Anrechnung der Steuerarten heraufgesetzt habe, ansonsten wäre der Stadt etwas angerechnet worden, was dann zu Verlusten geführt hätte.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt zum Energiebudget, dass die dort eingesparten Haushaltsmittel aufgrund von energiesparenden Maßnahmen wieder in neue Maßnahmen zur Energieeinsparung investiert werden. Von einer Kürzung sollte man deshalb absehen. Die Steuererhöhungen im vergangenen Jahr sind zurückzuführen auf die Anhebung der fiktiven Hebesätze des Landes, der Abstand zwischen den fiktiven Hebesätzen und dem tatsächlichen Steuersatz in 2003 hat sich jedoch gegenüber den vergangenen Jahren verringert. Insofern hat die Stadt trotz der Anhebung der Hebesätze Einnahmeverluste hinnehmen müssen.

#### **4. Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen**

Vor Eintritt der Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2004 schlägt der Bürgermeister Heinz Josef Dick folgendes Prozedere vor: Die einzelnen Fraktionsvorsitzenden handeln den Haushaltsplanentwurf 2004 insgesamt ab und können im Anschluss Fragen an die Verwaltung stellen und Änderungswünsche vortragen. Diesem Vorschlag schließen sich alle Ratsfraktionen an.

Beigeordneter Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert kurz allen Ausschussmitgliedern die ausgehändigte Stellungnahme der IHK zum Haushaltsplanentwurf 2004. Auch aus Sicht der IHK wurden keine Forderungen auf Steuersenkungen gestellt. Ergänzend führt er aus, dass aufgrund der neuen Steuerschätzungen die Stadt Korschenbroich insgesamt höhere Einkommenssteueranteile erwartet werden. Der Betrag wird voraussichtlich 796.000,-- € betragen. Hinzu werden Haushaltsverbesserungen eintreten durch die Reduzierung der Gewerbesteuerumlagen in Höhe von 599.000,-- €. Allerdings müssen zur Defizitabdeckung der Sozialhilfe insgesamt noch 150.000,-- € bereitgestellt werden. Mit höheren Schlüsselzuweisungen kann ebenfalls gerechnet werden, da das Land plant, die Steuerausfälle zu kreditieren. Der Nachteil an der Kreditierung ist jedoch, dass das Problem der Steuerausfälle lediglich in die Zukunft bis 2005 verlagert wird. Im Haushaltsjahr 2005 soll die Schlüsselzuweisung um 14,5 % sinken. Die Kreisumlage wurde im Haushaltsplanentwurf unverändert belassen, da nach Auffassung aller Kämmerer der Städte im Kreis aufgrund der gestiegenen Umlagegrunddaten des Kreises bei gleichbleibendem Hebesatz über diesen Mitnahmeeffekt höhere Beträge von den Gemeinden erhält. Insofern wird eine Erhöhung des Kreisumlagesatzes von den Kämmerern der Gemeinden abgelehnt.

#### **CDU-Ratsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2004**

Für die CDU-Ratsfraktion erklärt das Ausschussmitglied Ansgar Heveling, dass sich zwar die Rahmendaten für 2004 leicht verbessert haben, wir es jedoch in diesem Jahr nicht schaffen werden, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Für zusätzliche Wünsche ist kein Spielraum mehr. Darüber hinaus wird auch kein Spielraum mehr für Einsparpotential gesehen, da von der Verwaltung die erteilten Prüfaufträge abgearbeitet worden sind und im Haushaltsplanentwurf 2004 Berücksichtigung gefunden haben. Steuererhöhungen sollten auch nicht zur Einnahmeverbesserung vorgeschlagen werden. Froh sei man darüber, dass die freiwilligen Leistungen nicht weiter gekürzt werden mussten.

Zum Haushaltsplanentwurf 2004 ergeben sich folgende Fragen bzw. Änderungsanregungen:

1. Die veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000,-- € für die Neuanlage von Grabfeldern auf dem Waldfriedhof in Korschenbroich werden mit einem Teilsperervermerk in Höhe von 25.000,-- € versehen. Über die Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,-- € entscheidet im Einzelfall der Bauausschuss.
2. Die für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 77.000,-- € werden als ausreichend erachtet. Es sollte jedoch im Bauausschuss die Problematik der Unterhaltung von Straßenbeleuchtungsanlagen erörtert werden mit dem Ziel, hier eine Vereinheitlichung zwischen den Stromversorgern zu erzielen. Durch die Neuregelung bei der Stromversorgung werden eventuell Mehrkosten auf die Stadt Korschenbroich zukommen, da ein Teil des Unterhaltungsaufwandes zurzeit von den Stromversorgern getragen wird.

3. Für besondere Unterhaltungsmaßnahmen in der Mehrzweckhalle in Kleinenbroich werden im Haushaltsplan 55.500,- € bereitgestellt. Welche Maßnahmen sind hier konkret geplant?
4. Der Mietvertrag für den Frangen-Saal in Glehn läuft demnächst aus. Ist beabsichtigt, den Mietvertrag bezogen auf den Saal zu verlängern?

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze antwortet auf die gestellte Frage bezüglich der veranschlagten 55.500,- € in der Mehrzweckhalle in Kleinenbroich und teilt hierzu mit, dass 10.500,- € für Heizungsarbeiten benötigt werden. Die restlichen 45.000,- € betreffen den Brandschutz.

Der Mietvertrag für das Haus Frangen endet demnächst und es laufen derzeit Verhandlungen, inwieweit eine Anmietung des Gesamtobjektes zur Unterbringung von Asylbewerbern überhaupt noch erforderlich ist. Soweit sich hieraus die Möglichkeit ergibt, die Nutzung für die Unterbringung von Asylbewerbern aufzugeben, wird die Stadt auch die Anmietung des Saales aufgeben müssen, da es sich hier um eine freiwillige Leistung handelt. Darüber hinaus dürfte der Eigentümer auch kein Interesse daran haben, nur den Saal an die Stadt Korschenbroich zu vermieten.

#### **SPD-Ratsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2004**

Ausschussmitglied Albert Richter erklärt für die SPD-Ratsfraktion, dass auch im Haushaltsplanentwurf 2004 kein Haushaltsausgleich machbar war. Die Stadt Korschenbroich ist nicht mehr Herr ihres eigenen Haushaltes. Auch ist es nicht möglich, aufgrund der gegebenen Budgetstrukturen bei einzelnen Haushaltsansätzen Sparvorschläge zu unterbreiten. In Zukunft sei es daher notwendig, dass Aufgaben definiert werden und wie viel Geld für diese Aufgaben zur Verfügung gestellt wird. Zur bislang ungelösten Grundwasserproblematik in Korschenbroich erinnert er an den gültigen Ratsbeschluss vom September, worin die Finanzierung der Sofortmaßnahmen mit 80 / 20 % geregelt sei. Trotzdem muss es mit Lösungsmöglichkeiten vorwärts gehen. Hier sei es insbesondere wichtig, über kleinere Lösungsansätze nachzudenken. Die Veranschlagung der Kreisumlage, so wie sie im Haushaltsplanentwurf 2004 eingestellt ist, ist mit einem Risiko behaftet. Bei den Personalkosten kann nicht noch mehr gespart werden, es sei denn, man denkt über betriebsbedingte Kündigungen nach. Dies sei jedoch von der SPD-Ratsfraktion nicht beabsichtigt. Die Veränderung bei den Arbeitszeiten der Beamten muss im Personalentwicklungskonzept eingearbeitet werden.

Zum Haushaltsplanentwurf 2004 ergeben sich folgende Fragen bzw. Änderungsanregungen:

1. Für die Durchführung des Bundesschützenfestes in Korschenbroich wurden 60.000,- € für Einzelaufträge an den Stadtpflegebetrieb veranschlagt. Was soll mit diesen Mitteln gemacht werden ?
2. Darüber hinaus sollte zur Entlastung des städtischen Haushaltes die Wirtschaftsförderung in die gegründete Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Korschenbroich integriert werden.
3. Für die Unterhaltung der Gräben- und Wasserläufe wurde der Haushaltsansatz von 193.000,- € in 2003 auf 162.000,- € in 2004 reduziert. Worauf ist die Reduzierung zurückzuführen ?

4. Für die Reinigung der einzelnen Grundschulen werden unterschiedliche Beträge zur Verfügung gestellt. Insbesondere für die Grundschule St. Maternus werden hier Haushaltsmittel in Höhe von 12.500,- € veranschlagt, wogegen bei den anderen Grundschulen die Reinigung zwischen 1000,- € und 5.000,- € variiert. Worauf sind diese Schwankungsbreiten zurückzuführen?
5. Einsparungen bei den Personalkosten durch den Wegfall der Amtsleiterstelle sollten im Personalentwicklungskonzept eingearbeitet werden.
6. Zur Verbesserung der Haushaltssituation sollte zusätzliches Grundvermögen veräußert werden.
7. Die Planungen zur Erschließung Eickerender Feld sollen weiter vorangetrieben und nach einem neuen Investor gesucht werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt zur Höhe der Veranschlagung bei der Kreisumlage aus, dass hier im Haushaltsplan ein Signal an den Kreis gesetzt wurde, die Kreisumlage zu senken bzw. stabil zu halten. Die angesprochene frei gewordene Amtsleiterstelle wird im Stellenplan künftig umgewandelt. Darüber hinaus sagt er zu, im nächsten Haushaltsjahr ein überarbeitetes Personalentwicklungskonzept vorzulegen. Der veranschlagte Betrag für die Gräbenunterhaltung wurde durch den Städtischen Abwasserbetrieb ermittelt. Auf der Basis dieses Betrages können die vom Städtischen Abwasserbetrieb für 2004 vorgesehenen Arbeiten finanziert werden. Detailfragen zu den veranschlagten Haushaltsmitteln für den städtischen Eigenbetrieb Stadtpflege sollten im Werksausschuss gestellt werden. Der Stadtpflegetrieb hat bereits die Personenanzahl reduziert. Daneben ist jedoch eine Zunahme bei den zu reinigenden Flächen festzustellen. Über die mögliche Veräußerung von Grundstücken wird im Einzelfall im Grundstücksausschuss beraten werden.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert zu den Erlösen aus Grundstücksverkäufen, dass der veranschlagte Betrag des Haushaltsjahres 2003 in Höhe von 1.570.000,- € sich nicht realisieren ließ. Aus diesem Grund wurde der Haushaltsansatz 2004 vorsichtiger mit 430.000,- € veranschlagt. Die Realisierung der Erschließung Eickerender Feld wird von der Verwaltung weiter vorangetrieben und man ist intensiv bemüht, hier in diesem Bereich einen neuen Investor zu finden und mit diesem einen Erschließungsvertrag abzuschließen, insofern ist es zurzeit nicht sinnvoll, eine Veranschlagung im Haushaltsplan vorzunehmen.

Zu den veränderten Arbeitszeiten für Beamte führt Stadtoberverwaltungsrat Hans-Josef Leuchtges aus, dass aufgrund der geringen Anzahl der Beamten de facto es nicht möglich sei, eine Stelle hier unbesetzt zu lassen. Auch sei es bei der Senkung der Arbeitszeit 1989 für Beamte nicht zu Neueinstellungen gekommen.

#### **FDP-Ratsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2004**

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Brieger führt das veranschlagte Haushaltsdefizit der Stadt Korschenbroich nicht nur auf externe Gründe zurück, sondern es seien auch hausgemachte Gründe hierfür zu finden. Durch die Neuerrichtung von Sportstätten sei das Leistungsvermögen der Stadt überschritten worden. Er sieht jedoch das Bestreben der Verwaltung, Ausgaben zu reduzieren, insbesondere konnte der Personalhaushalt um 160.000,- € entlastet werden. Die Betrachtungsweise des Kämmers hinsichtlich der Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind jedoch zu optimistisch. Darüber hinaus sollte auch nach seiner Ansicht die Erschließung des Eickerender Feldes weiter vorangetrieben werden und einen neuen Investor zu suchen. Ebenso sollte das Gewerbegebiet Holzkamp weiter verfolgt werden. Eine weitere Reduzierung der Personalkosten sei nur durch genaue Zielvereinbarungen möglich.



Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt hierzu, dass der Vorschlag der FDP-Ratsfraktion bedeute, dass in den nächsten 5 Jahren 30 Stellen abgebaut werden müssten. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass es sich bei dem verbleibenden Personal schon um 100 Kindergärtnerinnen handle. Die Forderung nach weiteren Personalstreichungen sei daher völlig unrealistisch. Selbst die Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wird mit eigenem Personal bewältigt werden müssen, da die Aufsicht eine externe Stellenbesetzung abgelehnt habe.

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Brieger spricht noch einmal die Nichtübertragung der städtischen Kindergärten auf den Kreis Neuss an. Hier wären 170.000,-- € zu sparen gewesen. Von daher sollte dieses Thema weiter verfolgt werden.

#### **UWG-Ratsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2004**

Ausschussmitglied Norbert Beschorner erklärt für die UWG-Ratsfraktion, dass wir einen Nothaushalt vor uns liegen haben. Oberstes Ziel muss es sein, das originäre Defizit abzubauen. Durch die Gemeindefinanzreform sind bereits positive Akzente gesetzt worden. Ob allerdings die veranschlagten Haushaltsmittel für die Kreisumlage ausreichen werden, wage er zu bezweifeln, da der Kreis selbst nicht sparen will. Damit die Stadt überhaupt ihren laufenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann, mussten die notwendigen Kassenkredite auf insgesamt 25.000.000,-- € angehoben werden. Die Einführung der Budgetverwaltung führt im Einzelnen nicht zu Einsparungen, sondern nur zu Verschiebungen. Verantwortung eines jeden Einzelnen ist hier gefragt. Wichtig sei:

1. Die freiwilligen Leistungen dürfen nicht weiter gekürzt werden.
2. Das Stadtentwicklungskonzept muss weiter voran getrieben werden.
3. Die Gewerbegebiete müssen verbessert werden. Insbesondere Angebotserweiterung für vernünftige Ansiedlungen.
4. Personalkosteneinsparungen von 160.000,-- € konnten ohne Kündigungen erzielt werden. Mögliche weitere Einsparungen im Personalbereich müssen im laufenden Haushaltsjahr besprochen werden.

Die Übertragung der städtischen Kindergärten auf den Kreis Neuss wurde von ihm kritisch gesehen, da das Personal vom städtischen Haushalt in den Kreishaushalt überführt worden wäre und zusätzlich dann ein Aufschlag für die Verwaltung durch den Kreis Neuss genommen worden wäre.

Bei den Sportstätten haben wir die Verantwortung. Ob eine Übertragung auf die Vereine sinnvoll sei, wage er zu bezweifeln, da im Zweifelsfall immer ein anderer Verein für die Missstände verantwortlich ist.

Bezüglich der Energiekosten bittet er die Verwaltung, die unterschiedlichen Reinigungshöhen für die Grundschulen, speziell hier die Grundschule St. Maternus, zu erläutern.

Abschließend werde die UWG-Ratsfraktion dem Haushalt 2004 zustimmen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt zur Höhe der Reinigungskosten im Budget Reinigung der Grundschulen aus, dass diese sich danach richten, ob in der jeweiligen Schule eigenes Personal eingesetzt wird oder durch Fremdfirmen gereinigt wird. Dann ist der Ansatz entsprechend höher.

## Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplanentwurf 2004

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt schlichtweg fest, dass auf der Basis des Haushaltsplanentwurfes 2004 die Stadt eigentlich zum Konkursgericht gehen müsste. Die Verschuldung steigt weiter an.

Zum Haushaltsplanentwurf 2004 ergeben sich folgende Fragen bzw. Änderungsanregungen:

1. Welche Arbeiten sollten mit den veranschlagten 60.000,-- € für das Bundesschützenfest durchgeführt werden?
2. Die mögliche Privatisierung der Eigenbetriebe wird von ihm kritisch gesehen, da hier zusätzlich 16 % Mehrwertsteuer anfallt. Hier muss nach anderen Organisationsmodellen gesucht werden.
3. Zur Aufnahme von Kassenkrediten wurde das Volumen im Haushaltsplanentwurf 2004 auf 25.000.000,-- € heraufgesetzt.
4. Zur Vorfinanzierung des Anteils der betroffenen Grundstückseigentümer wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von 2.577.000,-- € veranschlagt.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt hierzu, dass die veranschlagten 2.577.000,-- € die Vorfinanzierung des Finanzierungsanteils der betroffenen Grundstückseigentümer an den Investitionen zur Grundwasserabsenkung sei, diese jedoch im Rahmen der Finanzierungskonzeption innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren zurückgezahlt werden. Insofern entstehen zusätzliche Haushaltsbelastungen über den zunächst zu Lasten der Stadt Korschenbroich finanzierten Anteil von 20 % an den evtl. entstehenden Gesamtkosten hierdurch nicht. Ob es der Stadt Korschenbroich jedoch unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltssituation überhaupt genehmigt wird, diesen Eigenanteil bereitzustellen, bleibt abzuwarten, da es sich im haushaltsrechtlichen Sinne um eine freiwillige Maßnahme handelt. Die Finanzierungslücke im Verwaltungshaushalt zwischen Einnahme und Ausgabe beträgt 19.664.477,-- €. Dieses Geld fehlt der Stadt Korschenbroich auf dem Girokonto an Liquidität. Daneben müssen Personalkosten sowie die Kreisumlagen monatlich gezahlt werden. Aus diesem Grunde war die Anhebung der Kassenkreditlinie auf 25.000.000,-- € notwendig.

Ausschussmitglied Peter Bednarzyk weist darauf hin, dass die Privatisierung des Abwasserbetriebes juristisch zurzeit überprüft wird. Hier sollte das Ergebnis des anhängigen Verfahrens abgewartet werden.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt hierzu, dass es richtig sei, dass derzeit ein gerichtliches Verfahren anhängig sei. Hier muss insbesondere geklärt werden, ob die Abwasserbeseitigung als Aufgabe kommunal sei, der Betreiber dieser Aufgabe jedoch privat organisiert sein kann.

Zu den veranschlagten Haushaltsmitteln in Höhe von 60.000,-- € zur Durchführung des Bundesschützenfestes in Korschenbroich führt Kämmererleiter Rainer Königsmark aus, dass im Haushaltsplanentwurf 2004 bei dieser Haushaltsstelle sowohl die Kosten der Kirmesplätze als auch die Kosten für das Bundesschützenfest veranschlagt sind. Aufgrund der Abrechnung der Kirmesplätze in 2003 wurde hier ein Betrag von 44.000,-- € bereitgestellt und für die Durchführung des Bundesschützenfestes ein Betrag von 16.000,-- €. Weitere Kosten werden nicht erwartet, da der Veranstalter des Festes die Bruderschaft sei.

Weitergehende Anregungen zum Haushaltsplanentwurf 2004 bestehen nicht mehr, so dass Bürgermeister Heinz Josef Dick folgende von der Verwaltung zu beachtende Vorgaben des Hauptausschusses zusammenfasst:

1. Der Haushaltsansatz bei der Hst. 3.7500.9505 – Neuanlage von Grabfeldern Friedhof Pesch – wird bis auf einen Betrag in Höhe von 5.000,00 € gesperrt. Eine über 5.000,00 € hinausgehende Inanspruchnahme des Ansatzes bleibt einer Entscheidung des Bauausschusses vorbehalten.
2. Sollte die Erschließung des Bebauungsplangebietes „Eickerender Feld“ nicht durch Übertragung der Erschließungspflicht auf einen privaten Investor möglich sein, ist die finanzielle Abwicklung der Erschließung analog der für das Bebauungsplangebiet „Glehn-Süd-Ost“ getroffenen Regelung in künftigen Haushaltsplänen bzw. Investitionsprogrammen zu berücksichtigen.
3. Der Hauptausschuss erklärt sich damit einverstanden, dass eine Überarbeitung des Haushaltsentwurfs aufgrund erwarteter Haushaltsverbesserungen, auf die der Kämmerer zu Beginn der Haushaltsberatungen hinwies, nicht notwendig ist. Diese Verbesserungen, die ohnehin zur Zeit noch nicht konkret feststehen, da insbesondere eine 3. Modellrechnung des Statistischen Landesamtes zum Finanzausgleich aussteht, werden zu einer Reduzierung des Haushaltsdefizits führen.

Da keine Wortmeldungen zum Haushaltsplan mehr vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Heinz Josef Dick über den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen abstimmen.

<b>Beschluss-Nr. VI/1411</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>14 Stimmen dafür</b> <b>4 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen in der vorliegenden Fassung zu beschließen.	

**5. 3. Fortschreibung des vom Rat am 30.01.2001 beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes**

<b>Beschluss-Nr. VI/1621</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>14 Stimmen dafür</b> <b>4 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich die 3. Fortschreibung des vom Rat am 30.01.2001 beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes in der vorliegenden Fassung zu beschließen.	

## 6. Vorlage des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2003 - 2007 mit Finanzplan

<b>Beschluss-Nr. VI/1434</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 14 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2003 – 2007 mit Finanzplan in der vorliegenden Fassung zu beschließen.	

## 7. 2. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes

<b>Beschluss-Nr. VI/1624</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt die 2. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hauptausschusses die Beschlussfassung.	

## 8. Stellenplan 2004

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Brieger erklärt für die FDP-Ratsfraktion die Zustimmung zum Stellenplan 2004. Insbesondere sei in diesem Stellenplan der Ansatz der Verwaltung zum Sparen erkennbar.

<b>Beschluss-Nr. VI/1500</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2004 sowie die Stellenpläne 2004 für den städtischen Abwasserbetrieb Korschenbroich und für den städtischen Eigenbetrieb "Stadtpflege" zu beschließen.	

## 9. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **10. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Ausschussmitglied Albert Richter spricht die Geruchsbelästigung an den Schulpavillons in Kleinenbroich an.

Ausschussvorsitzender Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt hierzu, dass die Verwaltung bereits tätig sei.

**III. Nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**